

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

Fortsetzung der Sitzung vom 16. Mai.

Der Antrag Nr. 388, Punkt 5 der Tagesordnung, lautet:

- Die Kammer wolle beschließen:
- 1. die Regierung zu ersuchen, alsbald eine durchgreifende Reform der ersten Kammer in der Weise einzuleiten, daß in ihr auf Grund eines Wahlrechts die Berufsstände eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung finden,
- 2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Abg. Heitner (M.):

Roch immer habe das deutsche Volk im schwersten Ringen. Man wisse nicht, ob bald Frieden werde, und welcher Frieden komme. Sei es da wirklich Zeit und Gelegenheit zu umfassenden Neuerungen? Eine Revolution, wie man sie jetzt in Rußland erlebt habe, sei ein Zeichen innerer Schwäche. Deutschland aber habe im Innern vollkommen gefestigt da, und gerade die Zurechtweisung eines glücklichen Friedens gebe hier die Stärke, daß man im Deutschen Reich an Erneuerungen denken könne, die notwendig seien. (Sehr richtig! in der Mitte.) Denn gewaltige Aufgaben wirtschaftlicher und kultureller Art lägen nach dem Kriege, und für diese müsse man sich wappnen und rüsten, damit sie so erfüllt werden, daß man auch wirklich für Jahrhunderte Bestand haben könne. (Sehr richtig! in der Mitte.) So sei gerade der Wunsch auf die innere Erneuerung ein Zeichen der Stärke gegenüber dem äußeren Feinde. Es sei aber auch ein Zeichen der Stärke für die Verhältnisse im Innern. Dabei müsse er die Meinung abgeben, daß man diese Reform brauche, um in Deutschland demokratische Einrichtungen herzustellen und damit dem Geiste der Feinde von Militarismus und Herrschaft des Säbels entgegenzutreten. Diese Dinge bedürfen nicht, die monarchische Verfassung sei gefestigt und die parlamentarische Regierungswiese sei so fest gegründet, daß man beratige Antriebe nicht notwendig habe. (Abg. Rißschke-Deusch: Sehr richtig!) Dieser Zustand, wie er geschichtlich geworden sei und noch jetzt bestehe, habe in diesem Kriege die Probe glänzend bestanden. Reife als in irgendeinem feindlichen Lande sei bei uns die Volkstreu geblieben. Das deutsche Volk habe tatsächlich als ein freies Volk seinen Führern in den Krieg folgen können. Mit vollster Überzeugung sei es in den Krieg gezogen, nicht durch eine kleine Clique von Regierungsmännern sei es hineingetrieben worden, wie es in Frankreich, in England und in Rußland geschehen sei. Es bestehe bei uns gerade in diesem Kriege eine Einigkeit zwischen Regierung und Volk wie in keinem anderen Reiche. (Abg. Rißschke-Deusch: Sehr richtig!) Der monarchische Gedanke habe sich in diesem Kriege glänzend bewährt. Er stehe hier in scharfem Gegensatz zu den Worten, die Herrscherpräsident Frähdorf gesagt habe. Nicht nur draußen im Felde, sondern auch im Innern habe man einig da. Man habe sich innerlich näher kennen gelernt. Regierung und Regierte, Borgeleierte und Untertanen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer usw. hätten ein ganz anderes menschliches Verhältnis zueinander gefunden als vorher. Das treffe auch auf die politischen Parteien zu. Das Verhältnis der politischen Parteien untereinander sei viel vertrauensvoller geworden. Er hoffe deshalb auch, daß die Zersplitterung, die auf der linken Seite des Hauses erfolgt sei, wirklich nur ein Splitter sei und keineswegs einen großen Teil der Partei ausmache, sonst müsse man seine Haltung danach emrichen. Aber die Haltung der deutschen Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914 habe man sich gefreut, aber solche Reden, wie sie jetzt im Reichstage gehalten worden seien und wie man sie auch hier schon gehört habe, seien doch geeignet, das vaterländische Empfinden auf tiefste zu verletzen und zu entschiedenem Widerspruch zu veranlassen. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Diese Vorgänge müsse man mit größter Aufmerksamkeit und mit einer gewissen Sorge verfolgen, und man müsse bei den eigenen politischen Entscheidungen einige Vorsicht walten lassen. (Unruhe links. Zurufe: Das ist unsere Sache!) Gegenwärtig wolle man sich aber die Freude an der inneren Geschlossenheit unseres gesamten Volkes und an der sowohl menschlichen wie politischen Annäherung der verschiedenen Stände und Kreise nicht beeinträchtigen lassen. Gerade diese innere Übereinstimmung in Verbindung mit der festen Siegeszuversicht gebe Deutschland die Kraft, schon jetzt noch während des Krieges auch an eine innere Erneuerung — er brauche dieses Wort absichtlich an Stelle von Reform — heranzugehen. Die Oberbotschaft Sr. Majestät des Kaisers sei ein offizieller Ausdruck von der Notwendigkeit einer solchen inneren Erneuerung. Auch das sächsische Volk habe in diesem Kriege keine politische Reife bewiesen. Nicht etwa als Dank für diese seine Tätigkeit im Kriege wolle man dem Volke ein Geschenk machen. Das Volk solle anerkannt und gewertet werden entsprechend seinen Leistungen. (Sehr richtig!) Die staatlichen Einrichtungen müßten entsprechend werden auf die wichtigsten und umfangreichen Zukunftsaufgaben. Es gelte, hier alle Kräfte freizumachen zur Beteiligung an den Aufgaben des Staates. Darum gelte es in erster Linie auch, die Selbstverwaltung zu stärken. Auf der Selbstverwaltung baue sich das politische Leben Sachsens auf. Möglichst alle Teile des Volkes müßten in weitestem Umfange an der Selbstverwaltung beteiligt werden. Und wie in der Selbstverwaltung, so gelte es, in allen anderen staatlichen Einrichtungen, allen Teilen des Volkes den ihrer Bedeutung für den Staat und die Allgemeinheit entsprechenden Wirkungskreis zu ermöglichen und zu gewährleisten. Und darum sei eine Durchsicht der gesamten Verfassungs- und Verwaltungsorgane unter diesem Gesichtspunkte notwendig. Jede große politische Umwälzung habe bisher auch immer große innere Reformen gezeitigt. Darum sei die gegenwärtige Zeit auch zu derartigen Arbeiten berufen. Deshalb sei seine Partei durchaus mit dem Antrag einverstanden, den die Sozialdemokraten in Nr. 373 dahin gestellt hätten, daß ein Ausschuss gebildet werde, dem Verfassungsfragen zu unterbreiten seien. Sie sichere ihre Mitarbeit zu und werde ohne alle Vorbehalten mit dem vorgeschlagenen Ausschuss zusammen zu arbeiten, und hoffe, daß man dort zu positiven Ergebnissen komme. Das Ziel dieser Arbeit müsse sein, daß dort ein volles Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den Ständen erreicht werde, daß dort das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und den Ständen gehoben werde. Aber noch viel wichtiger als dieser Punkt sei es, daß man eine volle Vollständigkeit der ganzen Verwaltung erreiche. (Sehr richtig! in der Mitte.) daß man erreiche, daß das ganze Volk bei der Verwaltung herangezogen werde und dadurch Vertrauen zur Verwaltung, zur Regierung und auch zu den Ständen gewinne. Das Volk habe sich im Kriege bewährt und sei im Kriege kein anderes Volk, als es im Frieden gewesen sei und auch im künftigen Frieden sein werde. Das Volk verdiene Vertrauen, und deshalb solle man ihm auch bei einer künftigen Neuorganisation des Staates volles Vertrauen entgegenbringen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Das gegenseitige Vertrauen des Staates zum Volke und

des Volkes zum Staate, das seien die beiden Grundlagen, die das gesamte künftige Staatswesen durchdringen müßten. Alle Teile des Volkes seien heranzuziehen. Er wolle keine Bevorzugung auch nur eines einzigen Teiles der Bevölkerung, auch nur eines einzigen Standes. Das seien die Gesichtspunkte, die für seine Fraktion im großen ganzen maßgebend seien bei ihrer Mitarbeit in der Deputation. Bezüglich der im einzelnen gestellten Anträge könne er sich kurz fassen. Was sie bezüglich der Reform der Ersten Kammer wünschten und beantragten, sei in diesem hohen Hause oft besprochen und verhandelt worden, lobend die Stellung seiner Partei bekannt sei. Nach dem Oberbefehl des Kaisers hätte er erwartet, daß eine gleiche Erklärung auch von Seiten der sächsischen Regierung kommen würde. (Vizepräsident Frähdorf: Sehr richtig!) Er erwarte heute eine Erklärung der Regierung, daß sie beabsichtige, dem nächsten ordentlichen Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine gründliche Umgestaltung der Ersten Kammer vorgeschlagen werde. Jetzt stehe die Erste Kammer noch ganz auf dem Stande des 18. Jahrhunderts, nicht des 20. Jahrhunderts. Aber die Ursache liege nicht in der Art und Weise der Zusammensetzung der Ersten Kammer, sondern in den Persönlichkeiten der einzelnen Mitglieder. Seine Partei lehne nicht den Bestand der Ersten Kammer ab, sondern sie verlange endlich eine grundlegende Reform der Ersten Kammer, daß sie in modernem Sinne zusammengesetzt werde, daß alle Stände und Teile des Volkes in einer ihrer Bedeutung wirklich entsprechenden Weise Sitz und Stimme in der Ersten Kammer hätten, und zwar nicht nur durch Berufung, sondern durch Selbstwahl. (Vizepräsident Frähdorf: Sehr richtig!) Daneben wolle man gern auch der Krone das Recht der Berufung lassen. Man wolle durchaus nicht die bestehenden Rechte antasten, soweit sie nicht unbedingt notwendigen Reformen weichen müßten. Auf Einzelheiten gehe er im übrigen nicht ein. Er betone nur nochmals, daß für sie die Erneuerung der Ersten Kammer die wichtigste und notwendige Aufgabe sei, die jetzt erledigt werden müsse.

Rebner wendet sich dann zu den beiden Anträgen auf eine Erneuerung des Wahlrechts der Zweiten Kammer. Bei einem Wahlgesetz müsse in allererster Linie dem Erfordernisse der Gerechtigkeit Genüge getan werden. (Vizepräsident Frähdorf: Sehr richtig!) Es müsse allen Teilen des Volkes, allen Ständen und Berufsständen, allen Gruppen nach Möglichkeit Gelegenheit gegeben werden, in der Volksvertretung zum Ausdruck zu kommen und ihre Rechte wahrzunehmen. Bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der einzelnen Völker sei es durchaus richtig, wenn in den verschiedenen Staaten verschiedene Wahlgesetze beständen. Das jetzige Wahlgesetz in Sachsen sei noch neu, und es sei noch nicht Zeit (Hört, hört! links.), so darüber abzusprechen, wie es in diesem Hause geschehen sei. Man werde nicht leugnen können, daß man im Jahre 1909 ein liberales Wahlgesetz geschaffen habe, das den breiten Massen entgegenkomme. Gewiß habe man nichts Ideales erreicht, gewiß kein Bester darin. Aber es sei besser als dasjenige, das vorher gewesen sei und das in vielen anderen deutschen Bundesstaaten bestehe. Dieses Gesetz sei durchaus noch nicht erprobt, und man wisse noch nicht, welche Mängel die dringenden seien, an welcher Stelle eine Reform wirklich am besten einzusetzen habe. Darum gehe seine Partei nicht schwer an eine Reform dieses Gesetzes, weil man es in seiner praktischen Ausübung noch gar nicht kenne. (Abg. Rißschke: Sehr richtig!) Seine Partei wolle sich aber damit durchaus noch nicht befassen. Wenn in dem Ausschuss, in dem sie gern mitarbeiten wolle, Vorschläge gemacht würden, von denen man wirklich glaube, daß sie dem Wohl des sächsischen Staates unbedingt dienen, dann werde sie ihre Ritzhüte nicht vorlegen. Jedenfalls müsse sie es abgeben, das Reichstagswahlrecht ohne jede Einschränkung in Sachsen einzuführen. (Vizepräsident Frähdorf: Hört, hört! — Abg. Rißschke: Das ist doch nichts Neues!) Denn damit werde von vornherein ein einigiger Stand, der Arbeiterstand, in die Lage gesetzt, unbedingt alle anderen zu majorisieren. Damit würde dem einen Teil der Bevölkerung in Sachsen ein Vorrat gewährt, das ihm die unbedingte Herrschaft in der Zweiten Kammer einräumen würde. Dann würde eine Entschädigung nach der anderen Seite eintreten. (Sehr richtig! rechts.) Das lehne er also ab. Er verlange gleiches Recht für alle, und darum wünsche er kein Wahlrecht, das von vornherein einer Seite den Sieg sichere, das also einen wirklichen Kampf verbinde. Viel mehr Grund hätte man natürlich, sich um eine andere, neue Wahlweise zu bemühen. Die jetzige Wahlweise, die die Scheidung zwischen Stadt und Land, wie sie jetzt bestehe, sei unter den heutigen Verhältnissen keine glückliche mehr. Aber diese Frage sei nicht so wichtig, um sofort ohne weiteres an eine Reform zu gehen, wenn man sie auch im Auge behalten werde. Da gebe es allerdings dringendere und wichtigere Aufgaben. Ebenso stehe es mit dem Frauenwahlrecht, so sehr er den Ausführungen des Vizepräsidenten Frähdorf über die großen Taten der Frauen zustimme. Er sei durchaus der Ansicht, daß man allmählich den Frauen Rechte einräume und auf diese Weise erproben solle, ob man auf dem Wege noch weitergehen könne bis zu dem endlichen Schlußschritt, ihnen auch das Wahlrecht zu geben. Die anderen im Antrag Nr. 8 erwähnten Gesetze müßten unbedingt durchgeprüft werden. Er sei deshalb durchaus damit einverstanden, daß der Antrag in seiner Gesamtheit der Deputation überwiegen werde. Ja, er gehe hier sogar noch weiter, er wolle diese Organisationsgesetze und Gemeindegesetze nicht nur daraufhin durchprüfen, ob die darin enthaltenen Wahlbestimmungen reformbedürftig seien, sondern ob nicht auch noch andere Reformen eingeführt werden müßten. Er erinnere da nur an die ganze Beamtenvergehung einschließlich der Disziplinargesetzgebung. Der Antrag Nr. 8 enthalte dann auch den grundlegenden Satz: vollständig und freiwillig solle die Erneuerung sein. Dem könne er vorbehaltlos zustimmen. Wie man aus seinen Ausführungen gehört habe, gehe seine Partei nicht in allen Stücken mit den Herren der fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei zusammen. Sie glaube aber, auf einem geeigneten Boden zu stehen und wohlwollende Grundzüge zu vertreten. In den Vorbergrund stelle sie das große Ziel, auch unser Sachsen zu wappnen und zu festigen für die großen, gewaltigen Aufgaben, welche die kommende Zeit bringen müsse. Darum wolle man ein Wort schäffen, das bestrebe, und neuem Streben und neuem Leben den Weg öffne. (Lebhaftes Bravo!)

Staatsminister Graf Bischoff v. Gschäd

(nach den stenographischen Niederschriften):

M. D.: Die große Zahl verschiedener Anträge, welche heute auf der Tagesordnung stehen, sind alle unter einem gemeinsamen Gedanken eingebracht worden, unter einem Gedanken, der vielleicht bisher in der öffentlichen Meinung nicht genügend betont worden ist, als gerade verhandlungsmäßig erst. Die Anträge betreffen sich, dieses Gefühl, daß eine Neuordnung, wie man gesagt hat, in der Luft liegt, durch praktische Vorschläge ins Werk zu setzen. Auch in der Presse ist dieser Gedanke der Neuorientierung, der Erneuerung, mit einer Leidenschaft erörtert worden, die eine gewisse Besonnenheit manchmal vermissen läßt. Ich meine, wenn gerade bei der Frage der Ersten Kammer in der Presse der Regierung und der Ersten Kammer selbst Rückständigkeit und Mangel an Einsicht vorgeworfen wird, so fördert das nicht das Ziel, dem

wir ja alle zustreben. Es ist mir daher nur willkommen, wenn mir durch die heute zur Verhandlung stehenden Anträge Gelegenheit gegeben wird, die etwas allgemeineren Gesichtspunkte mit Ihnen in aller Ruhe und Sachlichkeit durchzusprechen.

Das Verlangen nach einer Erneuerung knüpft ja an das große Erlebnis der letzten 3 Jahre an, an das Erlebnis des Weltkrieges, Weltkrieg und Neuordnung sind gewissermaßen die Pole, welche die Achse unserer Politik, unseres politischen Lebens festlegen sollen. Der sich nun immer mit dieser Frage beschäftigt, der wird zunächst schmerzlich berührt, schmerzlich berührt dadurch, daß ein Ereignis, bei dem deutsche Tüchtigkeit, deutscher Opfermut, Einigkeit und Heldentum in einer Weise sich bewährt hat wie noch nie in der deutschen Geschichte, daß dieses Ereignis und Erlebnis zum Anlaß wird zu Kämpfen, die eine Zeit lang den inneren Frieden zu bedrohen schienen. Es dürfte erwartet werden, daß die noch keineswegs überwundene äußere Gefahr, die der gegenwärtige Krieg über das deutsche Volk gebracht hat, eine Einheitlichkeit des Willens und der Entschlossenheit hätte hervorrufen müssen, der gegenüber alle anderen Gegenstände zurücktreten würden. Zu dieser Hoffnung waren wir um so mehr berechtigt, als wir es in den wundervollen Augusttagen 1914 erlebt haben, wie das deutsche Volk das Bewußtsein seiner Einheit und seiner Bedeutung seines inneren Lebens gewann. Damals schien es, als ob das deutsche Volk nur einen Körper hätte, der von einem Willen, von einem Hosen befeuert war. Heute finden wir diese Geschlossenheit noch, aber draußen im Schlingengarten bei denen, welche die größten Opfer täglich und stündlich bringen. Bei uns, bei den Taubeingeblichenen scheint diese Geschlossenheit nicht mehr als so notwendig empfunden zu werden.

Aber, m. D., ich will nicht Anklagen gegen Anklagen erheben. Ich möchte aber doch auf diese Gegenstände hinweisen, denn nur dadurch, daß wir sie besprechen, können wir auch wieder zur alten Einheit zurückkehren.

M. D.: Es ist wohl verständlich, daß der Schwung der ersten Begeisterung, die uns in den Augusttagen des Jahres 1914 ergriff, nicht immer fortdauern konnte. Es ist ja eine Erscheinung, die man auch am menschlichen Körper erlebt, daß nach einer starken Nervenanspannung eine gewisse Entspannung eintritt. Und die mußte ja auch bei unserm Volke eintreten.

Aber der wirkliche Grund für die bestehenden Gegenstände scheint doch tiefer zu liegen. Er liegt darin, daß die Wirkung des Krieges auf den einzelnen eine durchaus verschiedene ist und verschiedene sein muß je nach der Länge des Krieges. Wir brauchen nicht zu verdrängen, daß der eine im Kriege Glück, Ruhm und Ehre findet, der andere vielleicht verwundet, vielleicht zum Krüppel gelassen, noch Hause kommt. Der eine erwirbt sich ein großes Vermögen, der andere verliert das, was er in einem arbeitsamen Leben mühsam eripart hat, in jedem Zusammenbruch. Es ist wohl verständlich, daß eine derartige Verschiedenheit der Wirkung Klagen und Wünsche hervorruft, die sich auf die Dauer nicht zurüdrängen lassen. Und, m. D., wo diese Klagen und diese Wünsche geschildert sind auf eine Teilung der Bundes und auf einen Ausgleich der Schäden, da sind sie ja nur zu berechtigt, und Regierung und Volk haben diese Berechtigung durchaus anerkannt. Ich meine, insonderheit unser sächsisches Vaterland ist wohl musterhaft vorangegangen darin, indem es den Dank der Heimat in einer großartigen Stiftung und Organisation zum Ausdruck gebracht hat. Dieser Dank der Heimat hat sich in warmen Herzen und offenen Händen bewährt, und das schöne Ergebnis unserer letzten Sammlung, das ja über 2 1/2 Mill. M. erbracht hat, ist ein glänzendes Zeugnis für die Opferbereitschaft unseres Volkes und für den Willen, durch einmütige Arbeit sich zusammenzuschließen und den Helden unseres Krieges die Not zu erleichtern und die Sorgen abzunehmen, die sie mit noch so se bringen.

Rum, m. D., werden aber auch weitere Wünsche angemeldet, und ich weiß sehr wohl, daß es die besten und führenden Persönlichkeiten unseres Volkes sind, welche das Gefühl einer weiteren Entlastung haben. Sie sagen, die Opfer, die gebracht worden sind, dürfen nicht vergeblich gebracht worden sein; das deutsche Volk hat einen Anspruch auf einen Ausgleich durch eine Hebung seines Lebensstandes. M. D.: Diese Wünsche sind mir, menschlich geistvoll, durchaus verständlich, aber in ihrer Weise und Unbestimmtheit enthalten sie doch eine gewisse Gefahr.

M. D.: Wir vertrauen ja alle darauf, daß der siegreiche Ausgang des Krieges, dem wir hoffentlich nahestehen, und die Möglichkeit gibt, einen großen Teil der Lasten, die der Krieg verschuldet hat, auf die Schultern unserer Feinde abzuwälzen. (Abg. Kisthammer: Sehr richtig!) Aber eine große Menge an Opfern, an blühenden Menschenleben und an Gesundheit, die gebracht worden sind, werden immer nur ihren Lohn finden in dem Bewußtsein, daß damit eine größere Gefahr vom Vaterlande abgewendet worden ist. Vor allen Dingen die Taubeingeblichenen werden dankbar der Tatsache gedenken müssen, daß durch die heldenmütigen Kämpfe das und für unser Vaterland verschont worden sind, und daß darin der größte und schönste Erfolg dieses Krieges liegen wird.

Sobald nun aber der Ausgleich auf das Gebiet der inneren Politik hinübergeworfen wird, müssen ja diese Verschiedenheiten der Wirkungen und der Interessen doch größere Spannungen hervorrufen. Das ist um so bedenklicher als ja die Aussicht, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, nur dann besteht, wenn wir in diesen letzten ersten Zeiten ohne alle Rücksicht auf persönliche Interessen nur daran denken, unsere ganze Kraft einzusetzen, um dem Feinde alles zu liefern, was es nötig hat, Munition, Nahrungsmittel und Kriegsgerät, was es immer auch sei. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

M. D.: Der Hr. Abg. Frähdorf hat in seinen Ausführungen gesagt, es sollten der Zukunft schwere politische Kämpfe erwidert werden, und deswegen sollten die Reformen gleich jetzt eingeführt werden. Ich fürchte, daß er in dieser Beziehung doch etwas zu optimistisch denkt, daß die schweren politischen Kämpfe unvermeidlich sind, und daß gerade deswegen die gegenwärtige Zeit nicht geeignet ist, uns in diese schweren politischen Kämpfe zu führen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Hr. Abg. Frähdorf hat in seinen Ausführungen in diesem Zusammenhang auch mir gegenüber betont, daß die sozialdemokratische Partei eine nationale Partei sei. M. D.: Ich habe das nicht bestritten, und ich will das nicht bestritten. Ich erkenne an, daß die sozialdemokratische Partei ihre Pflicht gegen das Vaterland durchaus erfüllt hat, aber ich meine, daß eine nationale Partei doch auch so viel Selbstzucht üben müsse, daß sie sich vor Reden hütet, die in dem Auslande einen falschen Eindruck erwecken können. (Zuruf des Abg. Frähdorf.) Die Ausführungen, die Hr. Abg. Scheidemann gestern im Reichstage gemacht hat, waren gewiß nicht so gemeint, wie sie wirken müssen. Sie müssen aber im Auslande so wirken, daß unsere Gegner nur alle Anforderungen auf Gebietsabtretungen ablehnen sollten, denn wenn die deutsche Regierung sich unterlegen sollte, auf Gebietsabtretungen zu bestehen, so würde die Sozialdemokratie schon dafür sorgen, daß die Revolution im Lande ausbräche. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Ich glaube nicht, daß es in diesem Sinne gemeint war, aber es wirkte so, und wird im Auslande so ausgebeutet werden. (Sehr richtig! in der Mitte.)

M. D.: Ich sagte vorher, ich glaube nicht, daß die gegenwärtige Zeit dazu angetan ist, politische Kämpfe anzufachen, und deswegen würde ich es für richtig halten, die Reformen, die Sie wünschen, und die Erörterungen darüber jetzt zurückzustellen. Trotzdem bin ich bereit, über einige Punkte allgemeiner Natur zu sprechen. Ich sagte, das Kriegsergebnis und die Kriegswirkung sei eine durchaus ver-

besten, habe ich wiederholt erklärt. Daran hat sich nichts geändert. Ich wünsche daher auch nicht, welchen Inhalt eine Volkshochschule der Krone hätte haben sollen. Die Regierung steht durchaus noch auf dem Standpunkt, daß es notwendig ist, die Erste Kammer zu reformieren. Die Gründe, welche die Regierung abgehalten haben, eine Vorlage einzubringen, sind den Herren ja auch bekannt. Es ist nicht mangelnde Einsicht der Regierung, es ist nicht der Widerstand der Ersten Kammer, im Gegenteil, ich habe die Hoffnung, daß, wie die Erste Kammer im Jahre 1906 loyal an der damaligen Vorlage mitgearbeitet hat, sie auch in einem späteren Zeitpunkte — sagen wir jetzt — an einer neuen und veränderten Vorlage (Abg. Ripfisch (Leipzig): Verbesserung!) mitarbeiten würde, wenn ihr eine solche vorgelegt werden sollte. Die Schwierigkeiten liegen offen zutage. Sie sind mehr oder weniger in den Meinungsverschiedenheiten zu finden, die in diesem Hause herrschen. Wenn ich mit den Herren Abgeordneten im Privatgespräch diese Frage streifte, so wurde mir immer gesagt, daß man über die Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten hinwegkäme, wenn die Regierung eine Initiative entwickelte. W. H. 1. Ich kann es verstehen und würde es auch, soweit es sich nicht um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten handelt. Ich habe aber in der Verhandlung des Jahres 1906, wo ich zum ersten Male die Ehre hatte, mit Ihnen über diesen Gegenstand zu verhandeln, den Eindruck gewonnen, daß diese Meinungsverschiedenheiten, die damals zutage traten, ziemlich grundsätzlicher Natur waren.

Die Anträge, die heute vorliegen, unterscheiden sich nicht sehr wesentlich in ihrer Fassung, aber lassen gewisse Unterschiede hinter den Kulissen vermuten, ich will die grundsätzlichen Unterschiede nicht berühren, will auch heute auf den sachlichen Stoff der Anträge nicht näher eingehen. Die Regierung wird selbstverständlich bereit sein, sich an der Beratung der Anträge zu beteiligen, und ich würde es als einen tatsächlichen Fortschritt begrüßen, wenn durch Annahme irgendeines Antrages, der die Weisheit dieses Hauses fände, die Möglichkeit gegeben würde, mit der Ersten Kammer nunmehr Fühlung zu nehmen, um dort auch eine Verständigung zwischen beiden Häusern des Landtages zu erzielen. Sollten wir, woran ich gar nicht zweifle, schließlich doch trotz aller Meinungsverschiedenheiten einen gemeinsamen Boden finden, so wird die Regierung gern bereit sein, der Ständeverammlung sobald als möglich, eventuell schon im nächsten Landtage, eine Vorlage zu unterbreiten.

W. H. 1. Ich habe im Anfang von der Presse gesprochen und möchte auch mit der Presse schließen. Die Presse hat dem Lande hervorragende Dienste geleistet, und ich kann das nur dankbar anerkennen. Sie hat den Willen des ganzen Volkes, das Vaterland gegen einen frechen Überfall zu verteidigen, mit großer Entschiedenheit betont, und sie hat den Siegeswillen unseres Volkes auch gegenüber angestrebten und wenig zuverlässigen Mitgliedern des Volkes durchgesetzt und diese immer wieder gestärkt und mit neuen Hoffnungen erfüllt. Ich möchte bitten, daß die Presse sich von dem Bewußtsein erfüllt, daß auch die Behandlung innerer Fragen für unsere auswärtige Politik von der größten Bedeutung ist und daß die Kritik, die wir benötigen, um dem äußeren Feinde entgegenzutreten, geschäftlich wird, wenn wir uns gegenseitig bei inneren Fragen mit Vorwürfen überschütten. Streitigkeiten sind nicht zu vermeiden, aber die Presse trägt eine große Verantwortung dafür, daß diese Streitigkeiten in gewissen Grenzen bleiben.

Ich möchte hierbei auch einen Blick auf die Presse des Auslandes werfen. Die Presse des Auslandes spiegelt, wie mir scheint, die Fehler des Auslandes wider. Wir sehen bei den Franzosen die Phrase, die jede vernünftige Erwägung erstickt, bei den Engländern, wie die Rothschiffpresse die Politik zur Geschäftsmache ausbeutet, und bei den Russen einen geradezu unerlösten Radikalismus, der die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit und der eigenen Kraft überschreitet. Wir wollen diesen Fehlern gegenüber festhalten an den deutschen Tugenden der Wahrheit, Gerechtigkeit und Besonnenheit. Dann wird auch die im Geiste der Kameradschaft eingeleitete Arbeit an den neuen Aufgaben ihre Früchte bringen. (Beifalltes Bravo!)

Sekretär Dr. Schanz (konf.):

In Übereinstimmung mit seinen politischen Freunden und in deren Auftrag habe er zu erklären, daß die endgültige Beschlußfassung und gesetzliche Regelung auf Grund der jetzt vorliegenden Anträge nicht für jetzt möglich seien. Unter dem Drucke so außerordentlich schwieriger Verhältnisse, wie man sie jetzt habe, ließen sich unmöglich so einschneidende gesetzliche Bestimmungen geben, die für den gewöhnlichen Verlauf des Alltags gelten sollten, am allerwenigsten sei dies möglich, wenn man, wie jetzt, gar nicht übersehen könne, wie sich dieser Verlauf gestalten werde. Sie glaubten aber auch, daß, wenn man auch der Ständeverammlung das Recht der Beschlußfassung über diese Anträge durchaus nicht absprechen wollte, doch dazu viel besser eine Ständeverammlung liege, die unter dem Gesichtspunkte der Neuorientierung gewählt sei, und daß dazu unter allen Umständen alle die gehörten, die jetzt draußen im Felde ständen und ihr Wahlrecht deshalb nicht ausüben könnten. Diese grundsätzliche Stellungnahme werde sie nicht abstoßen, in der zu wählenden Deputation sich an allen Arbeiten zu beteiligen und nach aller Möglichkeit mitzuarbeiten. Was die einzelnen Anträge anlangte, so könnten sie dem Antrag Nr. 8 in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Wenn zunächst unter a) das Landtagswahlgesetz einer Änderung unterworfen werden sollte, so fänden sie auf demselben Standpunkt, den schon der Hr. Minister gekennzeichnet habe. Wenn der Vizepräsident Fröhdorf und seine Partei das allgemeine gleiche Wahlrecht aller Reichsangehörigen, selbst unter Anwendung des Verhältniswahlsystems, auch für die Städte und Landgemeinden, für die Gemeinden und Bezirke und Kreisvertretungen fordere, so möchte er sagen, daß damit durchaus kein Wahlrecht geschaffen werde, das jeden zufriedenstelle. Gewiß sei das jetzige Wahlrecht durchaus nicht das ideale Wahlsystem, aber jedes Wahlsystem werde Unzufriedenheit hervorzurufen, kein Wahlsystem sei imstande, alle Staatsbürger oder Gemeindeglieder zu befriedigen.

Dem Frauenwahlrecht fänden sie ebenfalls ablehnend gegenüber. Darin liege nicht eine Herabsetzung der Frauen und am allerwenigsten eine Nichtanerkennung der gemachten und ganz bedeutenden Leistungen, die man gerade in der Jetztzeit den Frauen danke. Auch er möchte wie Abg. Helmert dem Vizepräsident Fröhdorf entgegen, daß der monarchische Gedanke in der letzten Zeit eine große Stärkung erfahren habe, nicht zuletzt gerade durch die russischen Verhältnisse. (Beifall links.) Die allseitige Durchführung der verfassungsmäßigen und freiwirtschaftlichen Neuordnung lehne seine Partei unter allen Umständen an den Grundgedanken ab, die er von vornherein entwickelt habe. In dieser Neuordnung könne sie sich erst dann binden erklären, wenn ihre Einzelheiten, ihre Zwecke und Ziele genau bekannt seien. Bezüglich der Justizdeputation bezog außerordentlichen Deputation könne seine Partei dem zu, was der Hr. Staatsminister über die Verfassungsbestimmungen und über die Bestimmungen des Gesetzes von 1849 ausgeführt habe. Sie werde sich aber an den Arbeiten der außerordentlichen Deputation, wie schon gesagt, beteiligen. Der Antrag 385 befaßt sich mit der Neuordnung der Ersten Kammer, ebenso der Antrag 386. Die konservative Fraktion habe von jeder an dieser Arbeit teilgenommen und auch im Landtag 1906/07, wo ja die sogenannte Verbesserung der Ersten Kammer lediglich ein Wahlrecht und Präsentationsrecht für die Erste Kammer geschleift sei, tatkräftig mitgearbeitet. Man müsse aber in dieser Beziehung vor allen Dingen hören die beiden ausschlaggebenden Faktoren, einmal die Königl. Staatsregierung wegen der durch eine veränderte Zusammensetzung der Ersten Kammer wesentlich veränderten Kronenrechte und dann auch die Erste Kammer selbst, deren verfassungsmäßige Zustimmung man ja brauche. Im Namen seiner Fraktion könne er erklären, daß sie den Anträgen auf eine Erweiterung der Ersten Kammer auch ungefähr in der Form, wie es hier vorgelegt sei, daß alle größeren Berufsgruppen in angemessener Zahl sich und Stimme in der Ersten Kammer erhalten sollten, wohlwollend gegenüberstehe und daß sie sich sehr gern an der Beratung dieser Fragen beteiligen werde. Zu dem Antrage Nr. 386 habe er im großen und ganzen auch das hinzuzufügen, was er

bereits zu Antrag Nr. 385 ausgeführt habe. Hier reihe er noch besonders die Neuerteilung der Landtagswahlkreise und die Beteiligung des Unterchiedes zwischen Stadt und Land. Im Namen seiner politischen Freunde erkläre er, daß sie gegen die Beteiligung des Unterchiedes zwischen Stadt und Land seien, weil sie gerade in dem Bestehen dieses Unterchiedes in der Vertretung der Zweiten Kammer eine Gewähr für die wirtschaftlich ganz besonders tätige Mitwirkung der bürgerlichen Abgeordneten dieser Kammer fänden. (Sehr richtig! recht!) Wenn er damit den Standpunkt seiner politischen Freunde ganz kurz und nur in großen Zügen (Zurück sinkt:) Sie hätten es noch viel ferner machen können!) gekennzeichnet habe, so hoffe er, daß in der Deputation die Grundlagen und Vorberatungen geschaffen würden für eine spätere endgültige Beschlußfassung, an der auch die teilzunehmen sollen, die jetzt draußen an den Grenzen in Feindesland unser Vaterland verteidigen, und daß daraus für alle möglichst zufriedenstellende und gute Zustände erwachsen. (Bravo! recht!)

Abg. Fietzner (Unabh. Soz.):

Wenn der Hr. Minister auf die Geschlossenheit des deutschen Volkes und die angeblich bestehende Aufgabe hingewiesen habe, daß über den Krieg, über die Kriegsführung und über die Politik der deutschen Regierung innerhalb des deutschen Volkes Meinungsverschiedenheiten überhaupt nicht beständen, so befände er sich da in einer sehr großen Selbsttäuschung. Unter dem Belagerungszustand und unter der Pressezensur könne die wirkliche Meinung des Volkes überhaupt nicht zum Ausdruck kommen, besonders dann nicht, wenn der Belagerungszustand und die Pressezensur in einer Weise gehandhabt würden wie in Deutschland. Es sei auch heute wieder so gegangen, wie sehr häufig schon in diesen Debatten hier: man lobe die Arbeiterklasse, man lobe die Soldaten, man lobe die Frauen, wenn es sich aber dann um die Frage handle, diesen Volksschichten auch die selbstverständlichen politischen Rechte zu geben, dann sei das etwas anderes. Dem Hr. Minister sei auch sehr unlieblich ein Wort ausgefallen, das gestern im Reichstage über die Revolution gefallen sei, Andeutungen irgendwelcher Art über die Revolution. Rein theoretisch gesprochen: Das Recht der Revolution habe immer bestanden und werde immer bestehen, es sei auch von der sozialdemokratischen Partei in ihrem Programm stets anerkannt worden. Eine andere Frage sei natürlich die, ob es notwendig und angebracht erweise, praktisch für die Revolution einzutreten. Das hänge nicht von einer Partei ab, sondern von den Verhältnissen. Aber alle großen gesellschaftlichen Umwälzungen in der Welt seien nur auf gewaltsamem Boden vor sich gegangen, ganz gleich, welche Ursachen, welche Wirkungen sie hätten. Das beweise genügend die Geschichte der neueren Zeit. Der Hr. Minister habe auch sehr verächtlich von der Wirksamkeit der Internationale gesprochen und in seinen Ausführungen das Nationale in jedem Falle dem Internationalen vorangestellt. Alle Hoffnungen auf die Abnahme eines Friedens, auf die ersten praktischen Friedensregungen seien auf Stockholm gerichtet (Abg. Dr. Bohme: Rein, auf den Sieg!), richteten sich auf die proletarische Internationale, auf die sozialdemokratische Internationale. Das beweise, welche große Bedeutung der proletarischen Internationale in diesem Kriege und in der Herbeiführung des Friedens zukomme. Der Hr. Minister habe von den Zwecken des Staates gesprochen, alles habe sich diesem Staate unterzuordnen. Wer sei denn der Staat? Der Staat sei das Volk, der Staat sei eine Gemeinschaft von Menschen oder solle sie sein, die ihre Dinge selbst verwalten und ihre Geschäfte selbst leiten. Freilich heute sei es nicht so, freilich fühlten sich die Regierungen als der Staat, sie hätten zu bestimmen, und die Parlamente — das treffe auch auf Sachen besonders zu — seien nur so ein notwendiges Übel, daß die Regierungen sie eben mit in den Kauf nehmen müßten, mehr als eine Dekoration als wie als ausschlaggebende Faktoren. Er habe natürlich alle Bemerkungen, einer solchen Auffassung auf das allerentsetzlichste entgegenzutreten. Diese veraltete, unmoderne und mit der Zeit überhaupt nicht mehr in Einklang zu bringende Auffassung vom Staat sei auf das allerhöchste von ihrem Standpunkte aus zurückzuweisen. Man lebe in der Zeit der Neuorientierung. Parlamentarismus werde verlangt, auch von den Nationalliberalen. Man verlange Demokratisierung des Staates, vor allen Dingen gebe dieses Verlangen von ihrer Seite aus. Man habe einen Verfassungsausschuß im Reichstage gewählt, man werde hier eine außerordentliche Deputation wählen. Er wolle jetzt schon: der freiesinnige Berg werde ein Mädelin geboren. Es werde bei der Abhaltung der Konventionen und auch der Rationalisierungen nichts herauskommen. Unter solchen Umständen müsse man schon damit rechnen, daß das Volk tatsächlich einmal dieses Treiben sattbekomme, es werde seine Sache selbst führen. Seine Partei fordere vor allen Dingen Selbstbestimmung im Rahmen der Demokratie, auf Grund ihrer prinzipiellen Anschauungen werde sie das monarchische System bekämpfen, wie sie es bisher bekämpft habe. In Deutschland herrsche noch die größte Reaktion. Deshalb möchte es in Anbetracht der Vorgänge in Russland schon von dem Gesichtspunkte aus, eigentlich aber auch vom bürgerlichen Standpunkte aus ein Gebot der politischen Klugheit sein, jetzt doch etwas mehr zu tun, als im Reichstage und heute hier von der Regierung und den bürgerlichen Parteien zugestanden worden sei. Das solle man da überhaupt in dem Ausmaß noch tun, wenn jetzt schon klar sei, daß aus der Sache nichts werde. Ganz ähnlich werde es auch mit der sogenannten Reform der Ersten Kammer werden, wie es bisher mit dem sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag gewesen sei, der zuletzt 1915 eingebracht sei. Die gesamten bürgerlichen Fraktionen mit der Regierung hätten überhaupt jede Erörterung eines solchen Antrages abgelehnt. Damals habe man gesagt: der Bürgerliche lasse das nicht zu. Der Bürgerliche sei schon damals eine faule Sache gewesen, unter der besonders die Arbeiter zu leiden gehabt hätten. Von dem Gesichtspunkte scheine man doch nun abgelenkt zu sein. Auch hier hätten die Verhältnisse ganz zweifellos mit dazu beigetragen, diese andere Auffassung zu bringen. Während des Krieges seien ja in anderen Ländern bereits positive Wahlreformen von den Regierungen gemacht worden. Er erinnere nur an Holland zu Anfang des Jahres 1916. Es sei ja ein eigenartlicher Zustand. Der Landtag, in dem man jetzt zusammen sei, habe eine Lebensdauer von sage und schreibe 10 Jahren. Er und seine Freunde seien dagegen geneigt, daß jetzt wieder die Mandate verlängert würden. Es sei aber beschlossen worden. Eine solche Mandatsdauer sei viel zu lang. Selbst die normale Mandatsdauer von sechs Jahren sei zu lang. Bei einer längeren Mandatsdauer sei der Wähler eher imstande, seine Beamteten zu kontrollieren; er habe eher die Möglichkeit, an seine Stelle einen anderen zu stellen, wenn er im Parlament nicht in der gewöhnlichen Weise gearbeitet habe. Er meinte, wenn man ein anderes Wahlrecht bringen wollte, das könnte sehr schnell gehen. Er wolle nicht im einzelnen auf die Wahlrechtsforderungen eingehen, die sie stellen. Er habe ja seit 1909 in diesem Hause bei jedem Wahlrechtsantrag die Ehre gehabt, ihn zu begründen, und habe es auch immer sehr eingehend getan. Nur auf eine Frage möchte er hinweisen. Sie verlangten das Wahlrecht für alle Volksgenossen ohne Unterschied, ob sie zufällig im bunten Rock, im Rock des Soldaten hielten oder nicht. Auch der Soldat sollte das Wahlrecht haben, das hielten sie für außerordentlich wichtig. Während der Zeit, wo er diene, sei ihm im übrigen jede politische Meinungsäußerung so gut wie unmöglich, er sei als politischer Mensch während dieser Zeit so gut wie aus der Dike der Staatsbürger gestrichen. Darum solle er wenigstens von Zeit zu Zeit einmal während der Jahre, wo er beim Militär diene, Gelegenheit haben, durch seine Stimmzettel seine Meinung über die öffentlichen politischen Verhältnisse zum Ausdruck zu bringen.

Sie verlangen weiter, daß die Frau nicht nur das passive, sondern selbstverständlich auch das aktive Wahlrecht bekomme. Zu

der Überzeugung, daß die Frau das Wahlrecht haben müsse, habe sie nicht erst der Krieg gebracht. Man habe bisher die Arbeit der Frau viel zu niedrig eingeschätzt, besonders in bürgerlichen Kreisen. Die Frau dürfe bei ihrer Bedeutung für die Familie, die doch die Grundlage des Staates sei, nicht rechtlos im Staate bleiben. Im übrigen bleibe ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage dieselbe wie vorher. Auf die Neuerteilung der Wahlkreise sei bereits hingewiesen worden. Nun zur Frage der Ersten Kammer! Seine Freunde fänden auch heute noch grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Erste Kammer überhaupt beibehalten werden müsse. Jede Reform der Ersten Kammer sei zwecklos und gegenstandslos, wenn sie in der Weise weiter bestehen bleibe, daß ihr das Übergewicht über die Zweite Kammer für alle Fälle gewahrt bleibe. Er glaube bestimmt annehmen zu dürfen, daß die Regierung auf keinen Fall bei einer Reform der Ersten Kammer weitergehen werde als bis zu dieser Grenze. Der Hr. Minister befaßte ihn das durch Kopfnicken. Er liege im Wesen der Ersten Kammer, daß sie ein Gegengewicht bilden solle gegen die Zweite Kammer. Sonst hätte sie keinen Sinn und keine Bedeutung. Sie solle alle radikale Beschlässe der Zweiten Kammer aufhalten und unmöglich machen. Diesen Zweck habe freilich die bürgerliche Erste Kammer bisher gründlich erfüllt. Die Erste Kammer müsse also beseitigt werden. Das werde natürlich Schwierigkeiten machen, aber auch in Bezug hierauf bleibe nichts weiter übrig; wenn auf legalen und parlamentarischen Wege eine Änderung nicht zu erreichen sei, so müsse sie auf anderem Wege erzielt werden, und sie werde mit der Zeit erzielt werden. Man könnte es ja vielleicht zunächst einmal mit einem Volksratum versuchen. Redner geht dann auf die Ausführungen der Redner näher ein. Von gutem Zureden gegenüber den Regierungen habe er nicht viel. Die Fragen, um die es sich hier handle, seien nachfragen ersten Ranges, nachfragen, die entschieden würden von der Macht der Klassen, die hinter diesen Fragen ständen. Seine Freunde und er verlangten nicht etwa Besorgnis der politischen Rechte, um sich dann wohllich in der bürgerlichen Gesellschaft einzurichten. Nein, die Forderung nach politischer Gleichberechtigung sei eine Forderung, die in der Entwicklung selbst liege, die der modernen Zeit entspreche. Sie sei nicht zuletzt von dem Gesichtspunkte aus diktiert, daß es ein neuer Weg zum Fortschritt in dem Sinne sein solle, wie sie politisch und allgemein den Kulturfortschritt aufsteigend. Es sei gesagt worden: keine Einmischung von außen. Die lasse sich aber nicht verhindern. Das zeige sich jetzt wieder bei der russischen Revolution, die auch auf andere Länder gewirkt habe. Er erinnere an die große französische Revolution von 1789, die ja geradezu Europa umgehakt und ihre Wirkungen auf die ganze Welt erstreckt habe. Der Abg. Fietzner habe gemeint, man wolle doch erst einmal abwarten, wie sich die Sozialdemokratie noch weiter entwickle, ob die Radikalisierung der Sozialdemokratie oder ob die andere die Oberhand in der Arbeiterbewegung gewinnen werde. Ihm sei die deutsche Sozialdemokratie jetzt noch nicht subversiv genug, sie sei noch nicht ganz so, wie er sie haben möchte. (Abg. Müller-Zwickau: Da wird er lange warten müssen!) Wenn er bereit sei, nur dann ein besseres Wahlrecht und andere Reformen zu geben, dann werde diese Partei nicht mehr gefügig sein, wenn sie sich mit ihm hässlich unter einem Tuche eingerückt habe. Er habe die Hoffnung, daß er dieses Ziel bei der deutschen Arbeiterklasse nie erreichen werde. (Abg. Müller-Zwickau: Dann ist er mittlerweile gestorben!) Er gebe dem Hr. Minister ganz recht, wenn er ausführt: Der weltliche Klassenkampf bleibe, und auch die Schärfe des Klassenkampfes bleibe. Wenn man die Dinge weiter so behandeln würde wie jetzt während der Kriegszeit, würden sie nach dem Kriege noch schärfer werden. Seiner Partei sei es auch niemals eingefallen, den Standpunkt zu protegieren, daß sie alle Klassen, das Interesse aller Klassen vertrete. Das sei ein ganz unmöglicher Standpunkt. Die politischen Parteien hätten nur dann einen Zweck und einen Sinn, wenn sie bestimmte politische Interessen vertraten. Selbstverständlich schließe das nicht aus, daß diese oder jene Partei ihre ganzen Bestrebungen zugleich zusammenfasse mit dem allgemeinen Kulturziel. Abg. Fietzner sei dann auch auf die Kriegsziele und Kriegsursachen eingegangen und habe gemeint, daß das Volk auch in dieser Beziehung durchaus in Übereinstimmung mit der Regierung sei. Er müsse das ganz entschieden bekräftigen. Mit patriotischen allgemeinen Redensarten, wie man sie heute wieder von jeder Seite gehört habe, sei gar nichts bewiesen. Redner polemisiert in diesem Zusammenhang noch gegen die Zensur, welche die freie Meinungsäußerung beeinträchtigt und unterdrücke. Es sei dann auch in der Wahlrechtsfrage exemplifiziert worden auf Bismarck. Für Bismarck sei die Wahlrechtsfrage eine reine Zweckmäßigkeitsfrage gewesen. Später habe er sich mit den Händen und Füßen gegen eine Wirkung gesetzt, daher das bekannte Sozialistengesetz. Für ihn und seine politischen Freunde seien aber so wichtige politische Fragen keine Zweckmäßigkeitsfragen. Nach der ganzen Debatte sei ihm schon jetzt klar, daß aus der Deputation nichts herauskommen werde, was die Wünsche und Forderungen bekundend des arbeitenden Volkes auch nur einigermaßen befriedige. Und wenn diese Forderung nicht treffe, dann werde keine Partei alles tun und in höchstem Maße dazu beitragen, das Volk womöglich noch mehr als früher darüber aufzuklären, was zu geschehen habe, um endlich zu wirklichen Rechten zu kommen. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Abg. Ripfisch-Leipzig: Hört, hört!)

Abg. Dr. Eckert (nl.):

Mit dem Entschluß, das Volk über seine Ziele aufzuklären, habe der Redner geschlossen. Er glaube, man könne dem doch mit der Ruhe entgegengehen, die aus dem Reden der übrigen Sprecher hervorgehe, die doch fast alle die Absicht ausgesprochen hätten, auch in diesen entscheidenden Fragen eine Verständigung zu versuchen. Redner geht dann auf die Ausführungen der Redner vom Standpunkte seiner Fraktion aus ein. Bezüglich der Frage, wie man über Fragen der inneren Politik in Beratung treten solle, sei er persönlich mehr geneigt zu sagen, es hätte ruhig manches Zeit gehabt. Aber die Verhältnisse selbst drängten ja dazu. Man sehe die Vorgänge im Reichstage und in anderen Parlamenten an, überall seien die Fragen im Fluß, und es wäre unangemessen und unsachlich, wenn man sich hier diesem Strom der Verhältnisse widersetzen wollte. Wenn bei den kommenden Beratungen Gegensätze und Kämpfe zutage treten würden, so schade das nichts; wenn man den denkwürdigen Antrag des Vizepräsidenten Fröhdorf folge und den Kampf „verhindern“ führe, dann würde man aus allen Meinungsverschiedenheiten doch noch etwas Brauchbares für unser Volk heraushehlen. Es sei auch nicht wahr, daß man zur Anregung der Gedanken und Forderungen so vieler Einflüsse von außen bedürfe. Er könne nicht recht einsehen, welchen Einfluß die Vorgänge in Russland beispielsweise auf unsere Entscheidungen haben sollten. Wenn Russland einmal soweit sein werde wie Sachsen und Deutschland, könne man einmal wieder nach Russland schauen (Sehr richtig! in der Mitte), zuvor aber nicht. Es sei dann vom Hr. Minister der ganze Aufbau seiner Rede aus das Verhältnis des Staates zum Einzelnen gestellt worden, und er meinte, es sei das auch der Kern der Sache. Es habe noch keine Zeit gegeben als die, die man jetzt erlebe, in welcher der Staat so hohe Anforderungen an den Einzelnen gestellt habe als jetzt. Wenn der Krieg vorbei sein werde, werde sich die Sache umkehren. Dann werde der Einzelne an das Ganze die Frage stellen: Was bist du mir nun und was leihst du mir? Nun können die Ansprüche des Einzelnen an das Ganze, aber doch nicht in der Form des Gegenwertes, sondern in der Wechselbeziehung. Das Ganze sei dem Einzelnen so viel und der Einzelne dem Ganzen so viel. Es sei das eine Erklärung des Staatsgedankens, aus dem Kriege herausgewachsen, und er freue sich dieser Tatsache, daß der Staatsgedanke so außerordentlich gewonnen habe. (Sehr richtig! in der

Wille.) Er zeige sich vor allen Dingen in dem Reichsgedanken lebendig. Das, was man verteidige, sei in erster Linie das Deutsche Reich, und deshalb möchte er es vom Gesichtspunkte seiner Fraktion als einen wichtigen Punkt der Neugestaltung ansehen, daß man an der Einheit des Reiches festhalten, daß man alle Bemühungen, die auf eine Zersplitterung innerhalb des Reiches hinausarbeiten, bekämpfen müsse. Dem Einheitsgedanken des Reiches müsse die volle Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das sei der grundsätzliche Standpunkt seiner Partei. Das heiße nicht etwa, daß sie irgendwelche Rechte, irgendwelche Ansprüche wirtschaftlicher oder politischer Art des Bundesstaates vernachlässigt haben möchte. Gerade seine Fraktion habe hier so oft darauf hingewiesen, wie notwendig eine feste Vertretung Sachsens in der Reichsverwaltung sei. Daran halte sie fest, auch über die Zeit des Krieges hinaus. Es habe aber aus den Ausführungen des Hrn. Ministers herausgestellt, als ob in erster Linie die Interessen des Bundesstaates ständen und dann erst die des Reiches. Seine Fraktion lehre es um ein starkes Reich werde ein gesundes, wirtschaftlich kräftiges Sachsen als Bestandteil haben müssen und können. Gefährdet werde die Einheitlichkeit des Reiches nicht allein durch die Gegensätze, die liegen sich ausgleichen auf der mittleren Linie, sondern durch die zu erwartenden harten wirtschaftlichen Kämpfe. Demen gehe man entgegen, man könne es machen, wie man wolle, und der Hr. Minister habe ja auch der wirtschaftlichen Entwicklung einen weiten Raum seiner Betrachtungen gewidmet. Man könne unmöglich die Vorgänge des Krieges kritisch in die Zeit des Friedens überführen wollen, im Gegenteil, man müsse bedenken, daß die wirtschaftliche Form des Krieges soviel Bedeutsames an sich habe, eine zu weitgehende Organisation, eine zu weitgehende Bürokratisierung und was alles damit zusammenhänge. Das dränge dazu, von einer Neuorientierung auf wirtschaftlichen Gebieten zu fordern, daß der Staat sich wieder zurückziehe in die Rolle, die er vorher gehabt habe. Die Initiative des Einzelnen, des Besonderen, wie es der Hr. Minister nenne, müsse auch auf diesem Gebiete wieder zur vollen Geltung kommen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Dabei werde ein eingetretener: An die Stelle der staatlichen Organisation werde eine weitgehende Koalition, eine Verbindung von gleichgerichteten wirtschaftlichen Bestrebungen treten. Das habe zunächst eine Gefahr, nämlich in dem Falle, wenn die Koalitionsverbände zu stark würden durch die Zahl oder auch durch die Machtmittel. Es gebe aber wieder das Beruhigende, daß zwischen geschlossenen Einheiten eine Verständigung leichter sei als unter tausend Einzelwesen. Der Staat werde in diesen wirtschaftlichen Grenzen die Rolle des Vermittlers zu übernehmen haben. Ein großes Bedenken habe er gegen den Standpunkt des Kollegen Fleißner, daß die politischen Parteien einseitig dazu berufen und verpflichtet wären, Interessenspolitik zu vertreten. Das sei eine Gefahr. Wenn dieser das mit Offenheit erkläre, er werde er doch große Bedenken damit bei den Gegnern des allgemeinen gleichen Wahlrechts. (Sehr richtig!) Er halte es aber für möglich, daß die Sozialdemokraten die Interessen des Volkes und aller Stände pflichtgemäß vertreten, ebenso wie das von anderen Parteien erwartet und zugesichert werde. Damit falle der politische Kampf noch nicht weg. Aber es wäre zu begrüßen, wenn er, wie Vizepräsident Fräßdorf sage, veredelt würde. Die in dem Antrage als Hauptfrage zur Entscheidung stehende Wahlfrage sei von keinem Parteifreunde getrennt ausführlich behandelt worden. Er habe in Aussicht gestellt, daß die Vorschläge, die in dem Verfassungsausschusse gemacht würden, mit voller Sachlichkeit geprüft würden, und daß dann die Entscheidung seiner Fraktion fallen werde. Er möchte diesen Standpunkt als den feinsten ausdrücklich unterzeichnen. Man wisse gar nicht, wie ein allgemeines, gleiches Wahlrecht wirken könne. Man wisse auch gar nicht, wie das bestehende Wahlrecht bei den neuen Verhältnissen wirke. Man müsse daran denken, welche gewaltigen wirtschaftlichen Verschiebungen eingetreten seien, (Sehr richtig!) welche Vermögen gewonnen, aber auch, welche größeren Existenzen verschwunden seien. Man wisse noch nicht, wie die Stimmung derer sei, die zurückkämen, gegenüber dem, was sie im Lande finden würden. Die Aussichten eines Wahlergebnisses seien nach jeder Richtung hin unsicher. Es sei oft an die Regierung der Wunsch ausgesprochen worden, daß man für die Bedeutung und die Arbeit des Parlamentes als der Vertretung des Volkes die Richtung erwarte, die eine solche Arbeit verdiene. Nun habe der Minister die Frage der Reform der Ersten Kammer so zu behandeln vor, daß er abwarten wolle, was aus den Verhandlungen innerhalb des Ausschusses herauskommen werde, und erst, wenn es zustande komme, wolle er mit der Ersten Kammer ins Benehmen treten und dazu Stellung nehmen, und daraufhin solle eine Reform der Ersten Kammer kommen. So aber sei die Sache nicht gedacht. Es sei ein lebhafter Wunsch der Mehrheit der Zweiten Kammer, daß eine grundsätzliche Reform der Ersten Kammer eintrete, und diesen Wunsch zu fassen und zum Regierungswort zu machen und in der Form eines Gesetzentwurfes den beiden Kammern vorzulegen, das wäre der Weg, um den Wunsch der Zweiten Kammer zu erfüllen. (Staatsminister Graf Bismarck v. Eckardt: Nehmen Sie doch die Anträge an!) Das werde kommen. Aber er erinnere den Hrn. Minister daran: wie die Frage vor drei Jahren behandelt worden sei, habe die Regierung es abgelehnt, aus eigener Initiative den Wunsch der Kammer zu erfüllen. Die Zweite Kammer wolle in manchen Ständen ihre Rechte erweitert wissen, nicht etwa, um den monarchischen Gedanken oder die Bedeutung der Regierung irgendwie zu beeinträchtigen. Beides verträge sich vollständig. Aber neben einer starken Monarchie, die sie unter allen Umständen wollten, sei eine volle, berechnete Volksvertretung durchaus etwas Notwendiges und Berechtigtes. Zur Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden, der Städteverwaltung usw. hätten sie mehrfach ihre Wünsche ausgesprochen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden dürfe nicht immer nur dann zitiert werden, wenn irgendetwas in Gefahr zu sein scheint, was dem einen oder dem anderen nicht gefalle. Es werde sich darum handeln, vielleicht den größeren und mittleren Landgemeinden, wie es die neue Gemeindeordnung regle, weitergehende Rechte zu geben, dann aber die unteren Instanzen anzuweisen, daß sie diese Rechte aus genauester Respektierung. Das Wesentlichste, was eine Neuorientierung auf dem Gebiete wohl erfordere, sei vor allen Dingen, den mittleren und unteren Instanzen das Maß von Verantwortung zu gewähren, das sie beanspruchten und das sie vor allen Dingen auch um die Vereinfachung der Staatsgeschäfte doch mit Recht beanspruchen könnten, und daß bei der Besetzung und Berufung auf wertvolle und bedeutende Ämter lediglich die Tüchtigkeit entscheide, daß es auf politische oder irgendwelche andere persönliche Anschauungen nicht ankomme. Er möchte es dann nicht als die geringste Aufgabe des Verfassungsausschusses hinstellen, daß er auf die Frage sein Augenmerk richte, daß das Bildungs- und Erziehungswesen, soweit es noch nicht organisiert sei, als eine Aufgabe des Staates erklärt und durchgeführt werde mit all den Konsequenzen, die man auch hier neulich besprochen habe. (Bravo! in der Mitte.)

Abg. Zindermann (so.):

Es sei im Laufe der Besprechung der Anträge mehrfach erwähnt worden, daß die sozialdemokratische Partei sich in den letzten Zeiten verhalten habe, daß sie nicht mehr auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August 1914 stünde. Er habe dem gegenüber auf das Bestimmteste zu erklären, daß sie nach wie vor auf diesem Standpunkte stehe, daß, sobald das Ziel der Sicherheit erreicht sei und die Gegner zum Frieden bereit seien, dem Krieg so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden solle. (Sehr richtig! links.) Er wolle darauf hin, daß die Sozialdemokratie manches zu verzeihen gehabt habe, manches habe verzeihen müssen, um sich zu diesem Standpunkt hindurchzuringen.

(Sehr richtig! links.) Trotz allem, was man der Sozialdemokratie entgegen — er erinnere bloß an das Sozialistengesetz nach dem Kriege von 1870 — habe sich nicht gelassen, in der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich. (Sehr richtig! Bravo! links.) Man solle sie deshalb damit verschonen, von der Entwicklung der Sozialdemokratie zu reden, sie als etwas hinzusetzen, das einer fortwährenden Wandlung unterworfen sei. Sie habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß dem Kriege so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden solle, und er freue sich auch ganz besonders darüber, daß von allen Parlamenten der kriegsführenden Staaten der Deutsche Reichstag das einzige Parlament gewesen sei, das am 12. Dezember 1916 eine Friedensdebatte gehabt hätte, die durch die Sozialdemokratie hervorgerufen worden sei. Das habe gar nichts geschadet, wie man befürchtet habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wohin komme man denn, wenn die Kriegstreiber noch weiter fortgesetzt würden? Man dürfe sich doch darüber nicht im unklaren sein, daß große Eroberungen weder von unseren Feinden, noch von Deutschland und den Mittelmächten mehr zu machen seien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei.) Deshalb betone er, daß der ehrenvolle Friede sobald herbeigeführt werden solle, als die Gegner zum Frieden geneigt seien. Er habe ja die Gewißheit, daß die heutige Diplomatie unfähig sei, diesen Frieden herbeizuführen, und deshalb müsse er dem Abg. Fleißner vollständig recht geben, daß jetzt die Blicke der Welt auf Stockholm gerichtet seien. (Sehr richtig! bei den Soz.) So lehre die Internationale früher verfaßt habe, was er bedaure, so sehr glaube er daran, daß sie stark genug sein werde, den Frieden herbeizuführen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es sei dann auf die gestrigen Äußerungen Scheidemanns im Reichstage über die Revolution Bezug genommen worden. Er habe sofort heute morgen an Scheidemann geschrieben, er solle ihm das Stenogramm, sobald es vorliege, herschicken. Er zweifle nicht daran, daß es in einem ganz anderen Sinne gebraucht worden sei, denn er habe sofort, als von der Revolution die Rede war, erklärt: „Meine Herren, Sie müssen das mißverstanden haben.“ Er meine, er habe der Revolution, die jetzt von oben her gemacht werde, um den Reichsanleger zu stützen, den Gedanken entgegenzusetzen wollen, daß dann das Volk sich das nicht gefallen lassen werde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Er meine, nur in diesem Zusammenhange solle man das Ganze betrachten und nicht mit der Revolution spielen. Denn darüber sei man sich doch nicht im unklaren: wer solle denn im Lande jetzt Revolution machen? Die besten Kämpfer seien draußen an der Front. Und wenn denen im Lande drinnen jetzt die Hoffnungslosigkeit überall entgegenstehe, so könne man doch durch eine revolutionäre Massenbewegung wieder Lebensmittel pflücheln hereinbekommen, noch einen plötzlichen Frieden bekommen. Er meine, wer auf diesem Standpunkt stehe, der könne von einer Revolution im Lande nichts erwarten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er bedaure nichts mehr als wie die in den letzten Monaten vorgekommenen Munitionskriegsverbrechen. Er freue sich darüber, daß unsere militärische Lage so sei, daß sie eine ungehemmte Aussprache über Kriegsziele und Ernährungsforderungen gestatte. Er meine, es sei ganz selbstverständlich, daß man die militärische Lage immer im Auge behalten müsse und sich keine Illusionen geben dürfe, aus denen dann die Feinde neue Hoffnungen schöpfen könnten, und er sei sehr überzeugt, daß, wenn man mit dem Belagerungszustand und mit der Pressezensur ein Ende machen würde, in Deutschland nichts geschehen würde, was auch nur irgendwie geeignet wäre, den Gegnern unseres Vaterlandes neue Hoffnung zu geben. Weder geht dann ausführlich auf die Anträge im Sinne seiner Partei ein. Er verweise darauf, daß sie ihrem Prinzip treu bleibe und gleiches Wahlrecht, Abschaffung der Ersten Kammer, überhaupt die ganzen Fragen der Neuorientierung nicht etwa als Dank für die heimkehrenden Krieger fordere, sondern um der Gerechtigkeit willen. (Sehr richtig! links.) Er glaube, was nach dem Kriege geleistet werden müsse, das nehme alle Tätigkeit und Arbeit so in Anspruch, daß man wahrhaftig genug zu tun haben werde. Deshalb solle man die breitenden Fragen, die sie heute im Verein mit den Freiwirtschaftlichen und Nationalliberalen aufgeworfen hätte, jetzt erledigen, wo man Zeit dazu habe. Das werde der beste Dank sein, den sie den deutschen Kriegern abtrotten, wenn sie zurückkehrten.

Abg. Dr. Jöppel (nl.):

Der Vortredner habe sich sehr lebhaft mit den Kriegszielen beschäftigt und dabei den Anlaß genommen, auf die Herren, die seiner Ansicht nicht seien, er wolle einmal sagen, auf die Alldeutschen, um den extremsten Flügel zu bezeichnen, doch ziemlich harte Vorwürfe zu häufen. Es sei doch möglich, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Beide strebten doch nach einem Erlöse für das Deutsche Reich, wie sie ihn für den richtigen hielten: sie wollten eine gesicherte Zukunft haben. Der eine glaube das mit dem Mittel zu erreichen, daß er die Annerionen besitzweise, der andere glaube das mit einem Verzicht zu erreichen. Die Frage, wie der Friede gewonnen werde, hänge ja doch nicht von den Resolutionen der Sozialdemokratie oder der Alldeutschen ab, sondern von der Kriegstage und einer sähigen Diplomatie. (Sehr richtig! in der Mitte.) Nun habe Abg. Endermann ausgesprochen, daß die Diplomatie unfähig wäre. Das Gesamtergebnis der Diplomatie sei nicht immer glücklich gewesen. Wenn man aber sehe, was der Hr. Reichsanleger gestern im Reichstage gesagt habe, so müsse er doch sagen, daß das der Weisheit letzter Schlag zurzeit sei. (Sehr richtig!) Anders könne man sich zurzeit nicht stellen, und wenn die Diplomatie nach diesen Grundrissen vorgehe, daß sie das Erreichbare, das Zweckmäßige im Augenblicke tue und ohne Jögern zugreife, dann könne man gegen die Diplomatie nichts sagen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Hoffe man, daß sie erfülle, was sie in Aussicht stelle. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn der Abg. Endermann nun glaube, daß die Stockholmer Zusammenkunft den Weltfrieden heraufschaffe, so zweifle er an der Möglichkeit. Man könne doch, ohne die Macht hinter sich zu haben, ohne über die Gewalt zu verfügen, gar nicht abhelfen. Es könne also nur ein Suggestivwort herauskommen. Über glaube der Abg. Endermann an eine Art parlamentarische Diplomatie? Darüber ließe sich eher reden. Er verfolge den Gedanken, daß das Parlament in die Diplomatie und in die Verwaltung für die Zukunft mehr hereintragen sollte, als es jetzt in der Vergangenheit geschehen sei, und daß da manche bewährte Kraft für Ämter gewonnen werde, die heute nicht von den Herren besetzt seien, denen man das Vertrauen zu schenken vermöge. Er hoffe davon etwas für die Zukunft. Es gelte da aber, nicht den Tüchtigen, sondern den Tüchtigen herauszufinden. (Sehr richtig! in der Mitte.) Der Abg. Fleißner, um zunächst einmal ein Mißverständnis aufzuklären, habe das Wort von der Stubeinheit geprägt. Das was der Abg. Fleißner gesagt habe, sei eine Frage der wahlberechtigten Klugheit im Staatsinteresse. Er habe gesagt: Man habe es jetzt mit einer Sozialdemokratie zu tun, deren Entwicklung für die Zukunft man heute noch nicht kenne. Die Gruppe um Hrn. Endermann sei für sie bündnisfähig (Lachen links), mit denen könne man sich verständigen. Die Gruppe um Hrn. Fleißner in ihrer Dreierheit sei für sie noch unklar. Ihre Entwicklung deute doch vielerlei daraufhin, daß sie den Gedanken, den sie in den Vordergrund stellen müßten, nämlich die Zweckmäßigkeit des Staates als das höchste Gesetz anzuerkennen, in Frage stelle, und solange sie es noch mit Leuten zu tun hätten, die nicht die staatsnotwendige Besonnenheit bei ihren Maßnahmen und Forderungen durchhielten, müßten sie vorsichtig sein. (Abg. Fleißner: Sehr richtig!) Das habe mit der Stubeinheit — er wisse nicht genau, was darunter begriffen werde — nichts zu tun. (Heiterkeit.) Der Abg. Fleißner habe nun in seinen Ausführungen erkennen lassen, daß er über die Grund-

lage politischer Erfolge und Maßnahmen doch eigentlich schlecht orientiert sei. Er sage, es handle sich hier um eine Rechtsfrage. Ja ganz entschieden. Er bedauere aber, daß die Rechtsfrage so viel verwickelt würde mit Wirtschaftsfragen. Rechtsfragen würden doch nur gelöst mit dem Mittel der Zweckmäßigkeit! Aber die Herren erklärten, sie wollten nur Rechtspolitik treiben, wieslen aber die Zweckmäßigkeit von sich. Eine solche Rechtspolitik könne er mit seinen Freunden nicht mit teilen. Nun könne er es den Herren von der Linken ja nicht verdenken, daß sie sich auf ihre Zahl stützten. Aber wenn sie auch die Mehrheit hätten, so seien doch auch Mächte im Lande, die im Staate mindestens soviel Recht erwarteten, wie sie. Und diese Mächte im Staate müßten auch im Parlament zur Geltung kommen. Er rede nicht sowohl von der wirtschaftlichen, als auch von der politischen Seite. Die Leute, welche die politischen Anschauungen hätten wie er, die wollten auch zu Worte kommen, ebenso wie die Herren um Dr. Schanz herum. Deshalb könne man nur eine Politik machen, die wirklich ein gesundes Widerbild der politischen Grundströmungen im Lande gebe. Das Wahlrecht sei — möchte er fast sagen — ein unterbewußt reguliertes Willens-element des Volkes. Es würden die Strömungen, die im Volke lebten, durch die Personen in den Landtag und in den Reichstag gebracht. Diese Persönlichkeiten würden diesem Unterbewußtsein einen verstandesmäßigen Ausdruck geben. Darauf beruhe die Berechtigung eines allgemeinen Wahlrechts. Man müsse das allgemeine Wahlrecht aber so regulieren, daß nicht die eine politische Anschauung die anderen alle überliste. Sich zu den speziellen Anträgen wendend, möchte er sagen, ihn habe doch etwas beunruhigt gemacht die Teilnahme der Regierung an den Formalitäten der Zweiten Kammer auf Grund des Gesetzes von 1849. Wenn man so gern bereit sei, ein Gesetz mitzumachen, so wiesle man den anderen nicht so sehr auf die Schwierigkeiten hin. Er hoffe, der Rückschluß auf den guten Willen der Regierung sei nicht berechtigt. Er glaube aber, über das Gesetz von 1849 komme man hinaus. Es sei nach diesem Gesetz durchaus möglich, daß man in dieser Deputation auch neue Gesetze beantrage. Aber er vermisse auch sonst noch etwas von Entschiedenheit und Tatkraft bei dem eigentlichen Kernstück der Vorschläge, nämlich bei der Ersten Kammer. Er möchte nicht wünschen, daß die Verfassungssache, die hier geleistet werde, etwa hinausgeschoben, dilatorisch behandelt werde, vielleicht in der Erwartung, daß sich nach dem Kriege die Verhältnisse anders gestalten würden. Er sei der Ansicht, daß die augenblickliche Regierung Anlaß hätte, selbst etwas zu tun. Das werde die Arbeit ganz wesentlich erleichtern und werde eine Freiheit der Regierung auf anderen Gebieten auslösen, die sich sicher für das Wohl des ganzen Königreichs lohnen werde. (Sehr richtig! und Bravo! in der Mitte.)

Nachdem Vizepräsident Dr. Spieß (konj.) und die Abg. Seeger (Unabh. Soz.) und Gantner (fortsch. Sp.) auf's Wort verzichtet haben, wird die Debatte geschlossen.

Das Schlusswort erhält

Vizepräsident Fräßdorf (so.): Die Erklärungen, die hier zu diesen wichtigen Fragen abgegeben worden seien, hätten sie natürlich, soweit die national-liberalen und konservativen Partei in Frage komme, nicht befriedigt. Sie würden die Konsequenzen daraus ziehen und die bürgerlichen Parteien, die Nationalliberalen und die Konservativen, würden daraus die Folgen zu tragen haben. Nach welcher Richtung sich dieselben zeigen würden, müsse die Zukunft lehren. Niemand könne das ermessen. Und was er von den beiden bürgerlichen Parteien gesagt habe, treffe auch im allgemeinen auf die Regierung zu. Die sächsische Regierung wolle auch in dieser Zeit dem dringenden Verlangen der Bevölkerung kein Gebot schenken. Danach werde sich das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion einrichten.

Abg. Brodau (fortsch. Sp.):

Wenn er den Gang der heutigen Debatte überblicke, so sei das Fazit, das er ziehe, nur ein betrübendes. Die große Zeit habe hier nur ein kleines Geschlecht gefunden, und das gelte namentlich von der Regierung. Nur ein verkaufertes Klein habe man aus den Ausführungen des Ministers gehört. Wenn die Dinge so weiter liefen wie jetzt, so glaube er, werde man eines Tages feststellen können, daß Sachsen mit Weidenburg hintenan marschiere. (Abg. Wälder-Jwidau: Das ist schon heute möglich!) Man gehe, das könne er voraussehen, in Sachsen nach dem Kriege schweren innerpolitischen Kämpfen entgegen. Für die Schärfe, mit der sie sich entladen würden, trage die Regierung die erste Verantwortung. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Roth (fortsch. Sp.):

Auch er könne nur zu seinem lebhaftesten Bedauern sagen, daß die Erklärungen der Staatsregierung nicht das geboten hätten, was man eigentlich bei beiderseitigen Ansprüchen hätte erwarten können.

Abg. Heitner (nl.):

geht zunächst noch einmal auf das Mißverständnis ein, das bereits Abg. Dr. Jöppel aufgeführt habe. Im übrigen hätte er auch gern von der Regierung noch eine entgegenkommendere Antwort erwartet. Er glaube beinahe, daß der Hr. Minister sich hier ganz besonders vorsichtig ausgedrückt habe, und er hoffe noch immer, daß die Mitarbeit der Staatsregierung in dem Ausschusse, wie er erwarte, ihn dann davon überzeugen werde, daß es doch das Richtige sei, wenn die Regierung jetzt in der nächsten Session mit einer Vorlage komme. Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Präsident:

Es liege zunächst der folgende Antrag Uhlig vor, der den Antrag Nr. 373 abändert. Die Kammer wolle beschließen, den Antrag in Drucksache Nr. 373 unter Abänderung der Punkte 2 und 3 in folgender Fassung anzunehmen:

1. Die Regierung wird ersucht, durch ihre Vertretung im Bundesrat dahin zu wirken, daß die von der Reichsleitung zugedachte vollständige und freizeitliche Neuordnung alsbald durchgeführt wird;
 2. Die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.
- Weiter liege folgender geschäftsordnungsmäßiger Antrag vor: Die Kammer wolle in Abänderung des Antrages in Drucksache Nr. 373 Ziffer 2 und 3 beschließen:
- a) eine außerordentliche Deputation von 17 Mitgliedern einzusetzen zwecks Ausarbeitung von Reformen, welche die Zusammenlegung des Landtages und das Verhältnis der Volksvertretung zur Regierung sowie die Gemeindevertretungen, Bezirke- und Kreisverbände betreffen;
 - b) der unter a) beantragten außerordentlichen Deputation die der Kammer vorliegenden Anträge in Drucksache Nr. 8, 385, 386, 388 und 373 in der abgeänderten Fassung zu überweisen.
- Ferner liege folgender von den Parteien vereinbarter Antrag vor: Die Kammer wolle in die zur Vorbereitung und Berichterstattung über die vorstehenden Anträge eingesetzte außerordentliche Deputation durch Zuzug die nachgenannten Herren Abgeordneten wählen: Anders (nl.), Andra (konj.), Brodau (fortsch. Sp.), Fleißner (Unabh. Soz.), Heitner (nl.), Heil (soj.), Dr. Kängler (konj.), Dr. Rehnert-Blauen (konj.), Rische-Tredde (soj.), Dr. Roth (fortsch. Sp.), Dr. Schanz (konj.), Schmidt-Freiberg (konj.), Schnabel (nl.), Dr. Seyfert (nl.), Uhlig (soj.), Winkler (soj.), Dr. Jöppel (nl.).
- Sämtliche Anträge werden einstimmig angenommen. (Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Min. nachmittags.)